

Zugestellt durch Österreichische Post

**FPO** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

# Wir Steirer



KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH



Impressum: F.d.l.v.: FPO Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz  
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95  
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE APRIL 2024

**HIER IST  
PLATZ FÜR  
DICH!**

**Dein Name**  
Deine Funktion

**Mario Kunasek**  
FPO-Landesparteiobmann

**Patrick Derler**  
Bezirksparteiobmann

**FPO** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

## GESTALTE DEINE ZUKUNFT

*Werde Mitglied!*

☎ 0664/352 80 59  
✉ weiz@fpoe-stmk.at

[fpoe-stmk.at/mitmachen](http://fpoe-stmk.at/mitmachen)



**Die finanzielle Misere  
der Gemeinden**

Seite 2



**EU- Verbotspolitik gefährdet  
unseren Wohlstand und  
unsere Sicherheit**

Seite 3

# Die finanzielle Misere der Gemeinden - Eine Frage der Verantwortung

## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN!

Im letzten Budgethaushalt verzeichneten viele Gemeinden einen Abgang. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Woher kommen diese hohen Ausgaben und neuen Schulden? Die Antwort liegt zum Teil in den Mehrkosten, die mit der hohen Inflation und Teuerung – befeuert durch die Russlandsanktionen – einhergehen. Das betrifft zum Beispiel gestiegene Heizkosten für Schulen, Kindergärten und Gemeindeobjekte, höhere Kosten für den Fuhrpark der Gemeinden – aufgrund der hohen Spritpreise – und die horrenden Rohstoffpreise, welche sich natürlich auch auf mögliche Sanierungsmaßnahmen und Neuerrichtungen auswirken. Viele Gemeinden stehen daher vor einem finanziellen Scherbenhaufen und haben kaum noch Handlungsspielraum, um notwendige Investitionen zu tätigen. Doch wer trägt die Verantwortung für diese prekäre Situation? Die Russlandsanktionen haben zweifellos einen negativen Einfluss auf die Wirtschaftslage in Europa gehabt, welche wiederum von den Regierenden auf europäischer, nationaler und auf Landesebe-

ne mitgetragen wurden. Und welche Partei hat auf allen diesen Ebenen Regierungsverantwortung? Richtig: die ÖVP! Somit steht für mich außer Frage, wer für diese Misere verantwortlich zeichnet. Ich richte daher einen Appell an die Verantwortlichen der ÖVP: Übernehmen Sie Verantwortung und handeln Sie, anstatt stets die Schuld auf andere zu schieben! Die Zügel liegen in Ihren Händen! Oder noch besser: Räumen Sie den Sessel und lassen Sie die Bevölkerung entscheiden. Nur so kann eine Entlastung für die Kommunen und Bürger eingeleitet werden.



### Patrick Derler

Landtagsabgeordneter  
Bezirksparteiobmann der FPÖ Weiz

Impressum: Foto: Michaela Kuchta - Luchta/epic/istock.com, Conrad von Hötzendorf/istock.com

**FPÖ**  **DIE SOZIALE HEIMATPARTEI**

**BÜRO KUNASEK**  
DAS FREIHEITLICHE BÜRGERBÜRO

**DIE ANSPRECHSTELLE FÜR ALLE BÜRGERANLIEGEN:**

- Soziales
- Verwaltungsabläufe
- Politisches

📍 Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58,  
8010 Graz

☎ 0316/375 300

✉ mkunasek@fpoe-stmk.at

*Wir sind immer für Euch da!*

**FPOE-STMK.AT**



**Mag. Dr. Georg Mayer**  
EU Abgeordneter

## ■ EU-Verbotspolitik gefährdet unseren Wohlstand und unsere Sicherheit!

Neben der noch immer ungelösten, unkontrollierten Massenzuwanderung treibt uns die EU mit ihrer Verbotspolitik immer weiter an den Rand der Existenzfähigkeit. Seit dem damaligen Glühbirnen-Verbot hat sich die EU-Führung wieder zahlreiche andere Verbote einfallen lassen, mit denen sie in erster Linie den Bürgern in unserem Land schadet und kaum sinnvolle Veränderungen bewirkt. Unter anderem wurde das Plastik-Verbot, das drohende Verbot von Pflanzenschutzmitteln oder das Bargeld-Verbot auf Schiene gebracht. Diese Verbote werden in der gewohnten Salami-Taktik Stück für Stück umgesetzt. Wir dürfen diese sinnlosen Einschränkungen nicht mehr protestlos hinnehmen.

Auch das Aus für den Verbrenner kommt einem wirtschaftlichen Kahlschlag gleich. In manchen Regionen der Steiermark sind mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängig. Wenn die EU uns vorschreibt, auf alternative Antriebe umzusteigen, wird das massive Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben. Schon jetzt ist offensichtlich, dass die Kosten für Elektroautos im Vergleich zu Verbrennern für

viele Bürger nicht tragbar sind.

Die kommende EU-Wahl kann richtungsweisend für die Zukunft Europas und damit auch für die Steiermark sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir alle unsere Stimme erheben und uns gegen die Verbotspolitik der EU zur Wehr setzen!

Ihr  
**Georg Mayer**  
Abgeordneter zum Europäischen Parlament



**HARALD KORSCHOLT**  
blue-harry

**MARIO KUNASEK**  
Landesparteiobmann

**MARIO KUNASEK**

**GUT FÜR  
DIE STEIERMARK**

**HARALD KORSCHOLT**

**GUT FÜR DIE  
ARBEITERKAMMER**



**AK**

